

Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Kreistag Kaiserslautern

Haushaltsrede zum Haushalt 2016 des Kreises Kaiserslautern

Gehalten am 1.2.2016 im Kreistag Kaiserslautern von Jochen Marwede, Fraktionsvorsitzender Bündnis90 / Die Grünen im Kreistag Kaiserslautern

Der Spruch des Tages in der Rheinpfalz am Morgen der Kreistagssitzung lautete „Vorwürfe sind nur schlecht formulierte Wünsche“ (Martin Haberzettl). Ich werde daher im Folgenden versuchen, keine Vorwürfe zu machen, und stattdessen einige Wünsche äußern.

Im Haushalt ist nicht viel Fett. Nur 0,88% werden für freiwillige Leistungen eingeplant, und diese sind größtenteils für eigentlich unabdingbare Dinge wie die Kreisvolkshochschule, die Kreismusikschule und die Wirtschaftsförderung. Es gibt immer wieder Einzelentscheidungen, bei denen noch gespart werden könnte. Ich erinnere an die Sanierung des Kreisverwaltungsgebäudes, die 2 Millionen Euro teurer wird, damit der alte viereckige Kasten wieder ganz genau so aussieht, wie ein alter viereckiger Kasten. Oder an die Entscheidung den Auszug nicht zu verschieben, obwohl die nun anstehende Innensanierung 15 Monate extra Raum für Unwägbarkeiten bei der Fassadensanierung geschaffen hat. Mit einer Verschiebung des Umzugs um 6 Monate hätte man 150.000 Euro sparen können, und hätte immer noch 9 Monate für Unwägbarkeiten übrig gehabt. Und unsere Position zur Position eines 2. hauptamtlichen Beigeordneten ist ja bekannt.

Im Haushalt gibt es aber praktisch keine Stelle, wo man den Finger drauflegen kann „da könnte man noch sparen“.

Dass der Kreis durch Bund und Land strukturell unterfinanziert ist, ist auch allen klar. Wobei das Land ähnlich wie der Kreis zwischen den Stühlen sitzt und sich auch kaum bewegen kann. Zum Thema Wünsche:

- Wir wünschen uns wie alle Fraktionen Konnexität, also „wer bestellt, bezahlt“.
- Zusätzlich wünschen wir uns eine radikale Vereinfachung. Was nicht verwaltet werden muss, kostet auch keine Verwaltungskosten. Nimmt man zum Beispiel die 156 Arten der Familienförderung, von denen nicht wenige einkommensabhängig sind. Die müssen alle verwaltet werden, und die Einkommenssituation muss dann auch noch mehrfach geprüft werden. Geht das vielleicht auch mit 5 oder 6 Maßnahmen?

Klar ist auch der hohe Anteil an wichtigen Kosten im Bereich Bildung, Jugend und Soziales. Die Bereiche Bildung, Jugend und Soziales stellen mit knapp 136 Millionen Euro 83% der Gesamtaufwendungen im Haushalt von 164 Millionen Euro dar. Es ist ja eigentlich etwas Gutes, dass wir uns in diesen Bereich so hohe Ausgaben leisten.

Zur „Sonderbelastung Flüchtlinge“ hat sich zum Glück der Bund bekannt, so dass in den großen Posten „Hilfen für Asylbewerber“ (geplant 15 mln Euro Aufwendungen) und „Heimerziehung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ (geplant 3 mln Euro Aufwendungen) die Mehrausgaben und Mehreinnahmen die Waage halten. Es gibt bestimmt noch kleinere Positionen im Haushalt, wo Belastungen am Kreis hängenbleiben. Aber dieses Geld ist ja nicht weg, sondern nur woanders. Es fließt in Form von Mieten, zusätzlichen Jobs (allein beim Kreis 7,75 Stellen) und Einkäufen in die regionale Wirtschaft, und ein Teil davon fließt in Form von zusätzlicher Umsatz- und Einkommensteuer direkt zurück an den Staat.

Ein ganz wichtiger Punkt, den wir erhalten müssen, ist die dezentrale Unterbringung der zugewiesenen Flüchtlinge in den Gemeinden. Dadurch haben diese eine Chance auf Kontakte mit

Nachbarn und den vielen, vielen ehrenamtlichen Helfern. Und für die „Einheimischen“ ist es nicht mehr die anonyme Menge „die Flüchtlinge“, sondern es sind einzelne Menschen mit Namen, Gesichtern und ganz individuellen Schicksalen. Nur so kann Integration gelingen. Neben all dem Lärm in den Medien gibt es auch eine positive Entwicklung in der Bevölkerung, fast wie beim Sommermärchen von 2006. Ganz viele Bürger melden sich und wollen helfen, mit Sprachunterricht, Hilfe bei Behördengängen, mit alten (und auch neuen) Kleidern, Möbeln und anderen Dingen. Oft wird darüber geredet, dass man sich wieder bewusst wird, was wir alles haben, und wie gut es uns eigentlich doch geht.

Aber es ist sicher nicht alles gut im Haushalt. Mit traditionellen Mitteln und Streichungen ist da zwar nicht mehr viel zu machen. Aber es bleiben geplante 8 Millionen Euro „Miese“ in 2016. Wenn wir wieder solide werden wollen, also die rund 200 Millionen Euro Schulden in 20 Jahren abtragen wollen, bleibt eine Lücke von insgesamt 18 Millionen Euro pro Jahr!

Da kann man sagen „ist aber doch nicht unsere Schuld“. Das mag sein, aber es sind dennoch unsere Schulden!

Wenn wir wieder gestalten wollen, müssen wir uns der Verantwortung stellen und Wege finden. Wenn die offensichtlichen Lösungen uns nicht mehr weiterbringen, müssen wir woanders schauen.

1. Sehr gut gefallen hat uns die Zusammenstellung von Kennzahlen im Haushalt (Dinge wie „Erteilte Führerscheine pro Planstelle“). Wir wünschen uns eine weitergehende Nutzung solcher Kennzahlen für ein Benchmarking (also den Vergleich mit anderen). Wir geben im Jahr 8.000 Euro pro Straßenkilometer für den Erhalt unserer Kreisstraßen aus, und 7.000 Euro pro km und Jahr für Investitionen in unsere Kreisstraßen. Ist das viel? Ist das wenig? Gibt es Kommunen, die das besser können? Wie machen die das? Was können wir von anderen lernen?
Die Baukosten im Kreis scheinen sehr hoch. Wir führen Brandschutznachrüstungen für fast 1 Million Euro pro Schule durch. Und Kita Neubauten im Kreis kosten rund 2.400 Euro pro Quadratmeter. Ein gut ausgestattetes Einfamilienhaus kann man für weniger bauen! Ist das viel? Ist das wenig? Gibt es Kommunen, die das besser können? Wie machen die das? Was können wir von anderen lernen?
Ein Platz in der Heimerziehung kostet uns 45.000 Euro pro Jahr. Ein Platz in einer Tagesgruppe 35.000 Euro pro Jahr, ein Erziehungsbeistand 11.500 Euro pro Jahr. Ist das viel? Ist das wenig? Gibt es Kommunen, die das besser können? Wie machen die das? Was können wir von anderen lernen?
2. Das bringt mich auch direkt zu unserem zweiten Wunsch, Ursachenforschung und -bekämpfung. Wie können wir es schaffen, ein Kind aus einem Heimplatz in eine Tagesgruppe, aus einer Tagesgruppe in eine Situation mit Erziehungsbeistand zu bringen? Und wie können wir zum Beispiel mit Jugendsozialarbeit verhindern, dass überhaupt ein Erziehungsbeistand nötig ist? Jeder Schritt führt zu einer besseren Situation für die Betroffenen, und zusätzlich auch zu Einsparungen im Haushalt.
Können wir unsere Wirtschaftsförderung intensivieren oder in diesem Bereich auch neue Wege beschreiten, um die Zahl der Leistungsempfänger zu reduzieren?
Gute Ansätze in dieser Richtung gibt es ja auch schon, wie zum Beispiel die Anzeigen in den Amtsblättern, mit denen der Kreis Pflegefamilien für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sucht, oder die Gemeindegewerkschaft, die Senioren hilft, dass sie länger in der eigenen Wohnung leben können. Beides führt zu einer besseren Situation für die Betroffenen, und zusätzlich auch zu Einsparungen im Haushalt.

3. Als drittes wünschen wir uns, dass wir verstärkt nach Synergien mit anderen Kommunen suchen und diese auch umsetzen, z.B. die Kfz Zulassungsstelle oder andere Abteilungen mit der Stadt gemeinsam zu gestalten. Da gibt es viele Widerstände, aber in unserer Situation müssen wir über den eigenen Schatten springen und in allen Richtungen offen sein. Dazu gehört auch, dass wir die zweite Stufe der Gebietsreform als Chance begreifen und aktiv gestalten.

Zusammenfassend kann man sagen, dass wir nicht viel Fett im Haushalt haben. Bildung, Jugend und Soziales „fressen“ einen Großteil der Einnahmen. Mit traditionellen Sparmöglichkeiten sind wir ziemlich am Ende angekommen. Obwohl das Defizit vielleicht nicht unsere Schuld ist, so sind es doch unsere Schulden. Wir wünschen uns:

- Lernen von anderen mit Hilfe des Benchmarkings
- Ursachenbekämpfung
- Nutzung von Synergien, auch wenn es schwer fällt

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit